

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien
Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verlagspreis: Einzel-Nr. 15.— Mk. Durch Aussträger 7.— Mk. pro Woche. Durch die Post 240.— pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an den Verlag. Redaktionspreis: 6.— 6 Nachm. Produktivgenossenschaft f. d. Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau, Postfachkonto Nr. 81069. — Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8887.

Mittwoch, 13. Dezember 1922

Anzeigenpreise: Die 9 gespaltene Millimeterzeile ober deren Raum 10.— Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 250 Mk. Kleinanzeigen per Wort 1.50 Mark. — Helium: Die Millimeterzeile 3 gespalten ober deren Raum im Text 30.— Mk.

Der Steuerraub an der Arbeiterschaft.

Wir haben kürzlich darauf hingewiesen, daß am 1. Januar 1923 auch in Oberschlesien der 10%ige Steuerabzug in Kraft tritt. Der Steuerraub wird jetzt von der bürgerlichen Regierung in erhöhtem Maße betrieben.

Der Steuerauschuß des Reichstages legte am Donnerstag folgende Einkommensteuergesetze für 1922 fest:

Für die ersten angefangenen oder vollen	300 000	Mk.	10	Proz.
weiteren	300 000		15	
	400 000		20	
	500 000		25	
	500 000		30	
	500 000		35	
	1 000 000		40	
	1 000 000		45	
	1 500 000		50	
	1 500 000		55	
weitere Beträge			60	

Abzugsfähig sind: Sterbefassenbeiträge bis zu 2000 Mk.; Lebensversicherungsbeiträge usw. bis zu 16 000 Mk.; für den Steuerpflichtigen und die Ehefrau bis zu einem Einkommen von 300 000 Mk. je 340 Mk. und für Kinder 610 Mk., bei einem Einkommen bis zu einer Million Mk.

Ab 1. Januar 1923 gelten folgende Steuerätze: Für die erste angefangene oder volle Million Mark 10 Prozent, steigend mit jeder weiteren angefangenen oder vollen Million um 5 Prozent bis zu 25 Prozent; für die weiteren angefangenen oder vollen 2 Millionen 30 Prozent, steigend mit jeder weiteren angefangenen oder vollen 2 Millionen um weitere 5 Prozent bis 40 Prozent, für die weiteren angefangenen oder vollen 3 Millionen 45 Prozent, steigend für die weiteren vollen oder angefangenen 3 Millionen Mark um weitere 5 Prozent bis 50 Prozent; für weitere Beträge 60 Prozent. Die Sterbefassenbeiträge sind vom 1. Januar ab bis zu 8000 Mk., die Lebensversicherungsbeiträge bis zu 48 000 Mk. abzugsfähig. Die Abzüge für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau werden auf 2400 Mark bei Einkommen bis zu 1 Million und für Kinder auf 12 000 Mk. bei Einkommen bis zu 2 Millionen vom Steuerlohn heraufgesetzt.

Diese Festsetzung der Einkommensteuergesetze bedeutet eine Provokation gegen das gesamte Proletariat. Mit einem Federstich wird die Lohnsteuer um 50 Prozent erhöht. Für 1922 ist der Steuerabzug so festgesetzt, daß er für die ersten 300 000 Mark 10 Prozent beträgt, für die weiteren oder angefangenen vollen 300 000 Mark 15 Prozent. Da infolge der ungeheuren Geldentwertung die Löhne und Gehälter den jährlichen Betrag von 300 000 Mark fast durchgängig überschreiten, so heißt das, daß alle Arbeiter und Angestellten und Beamten sich statt 10 Prozent einen Abzug von 15 Prozent gefallen lassen müssen. Ja, noch mehr, ein Arbeiter, Angestellter oder Beamter, der monatlich weniger als 50 000 Mk. verdient, muß schon 20 Prozent Steuern sich abziehen lassen. Das ist eine Unerschämtheit.

Zur gleichen Zeit wurden vom Steuerauschuß des Reichstages die Steuerätze für die ganz hohen Einkommen herabgesetzt. Selbst die Regierung Cuno wagte nicht so weit zu gehen. Sie hatte eine Auseinandersetzung des Tarifes vorgeschlagen, die die Höchstgrenze der Besteuerung bei 7 1/2 Millionen Mark für 1922 und bei 12 Millionen Mark für 1923 anstatt 4 Millionen Mark bisher eintreten ließ. Die Regierungsparteien haben diesen Tarif ersetzt durch einen anderen, der für 1922 zwar nicht die Höchstgrenze hinaufsetzt, der aber bei den Einkommen zwischen 900 000 Mark und 8 Millionen Mark noch niedrigere Steuerätze vorsieht, als sie die Regierung in ihrem Tarif für das Jahr 1923 eingelegt hatte. Für das Jahr 1923 aber wollen die bürgerlichen Parteien die Höchstgrenze der Besteuerung auf 18 Millionen hinaufgesetzt haben gegen alle Beschwörung der Regierung!

Selbst im wilhelminischen Deutschland gab es eine steuerfreie Grenze. In Preußen betrug sie 900 Mk., in Sachsen war sie allerdings geringer. Diese steuerfreie Grenze entsprach in Preußen im großen und ganzen dem damaligen Existenzminimum. Im republikanischen Deutschland, unter der Regierung oder Mitregierung der Sozialdemokratie gibt es keine steuerfreien Grenzen. Die Löhne und Gehälter sanken unter das Existenzminimum; aber der Steuerabzug, anstatt aufgehoben oder wenigstens ermäßigt zu werden, wird noch ganz gewaltig erhöht. Es kommt noch hinzu, daß die Arbeiter, Angestellten und Beamten ihre Steuer sofort entrichten, sie zahlen ihre Steuer mit Geld, dessen Kaufkraft der gegenwärtigen Entwertung entspricht, während die Kapitalisten erst nach einem Jahr oder noch später ihre Steuern bezahlen, in weiter entwertetem Geld, so daß sie in Wirklichkeit nur einen Bruchteil dessen bezahlen, was sie selbst nach den festgesetzten Steuerätzen zu entrichten haben.

Diese schandvolle Steuerpolitik, die darauf eingestellt ist, den Proletariats den letzten Pfennig abzupressen, kann nicht und darf nicht so weiter gehen. Es muß ein völlig steuerfreies Existenzminimum festgesetzt werden. Soweit das Einkommen dieses Existenzminimum nicht überschreitet, darf kein Steuerabzug vom Lohn oder Gehalt überhaupt erfolgen. Dafür müssen die hohen und höchsten Gewinne rücksichtslos erfährt werden.

Die WEPD stimmt zwar im Anschluß gegen die Herabsetzung der Steuerätze für die großen Einkommen, fand aber kein Wort des Protestes gegen die Heraussetzung des Steuerabzuges bei den niedrigen Einkommen. Die Regelung für 1923 trägt den niedrigen Einkommen zwar etwas mehr Rechnung, aber sie ist ebenfalls absolut unzulänglich, weil sie die Höhe des Steuerabzuges bis zu einer Million ununterschiedlich bei 10 Prozent beläßt. Das ist eine unerträgliche Belastung für alle diejenigen, deren Einkommen geringer ist.

Arbeiter Oberschlesiens protestiert gegen die Einführung des 10%igen Steuerabzuges!

Arbeiter Schlesiens, fordert die Abschaffung des Steuerabzuges!

Friederskonferenz der Amsterdamer.

Von H. Brandler (Berlin)

Am 10. Dezember hat im Haag der „Friedenskongress“ begonnen, den die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale einberufen hat. In ihrem Einladungsschreiben wendet sie sich an alle jene Organisationen, „welche an der Erhaltung des Friedens interessiert sind.“ Die Einladung ist an die verschiedenen Verbindungen ergangen, sowie an die russischen Gewerkschaften. Die Art der Einladung und die aufgestellte Tagesordnung charakterisieren die Veranstaltung als ein internationales Schauspiel kleinbürgerlich-pazifistischer Kühnheit und Impotenz. Die Tagesordnung lautet:

1. Notwendigkeit der Konzentration der Friedenskräfte auf ein einziges Ziel gemäß den Resolutionen des Kongresses von Rom.
2. Was haben die Arbeiterorganisationen für den Frieden getan, und was können sie noch tun?
3. Was haben die Regierungen und politischen Organisationen für den Frieden getan, und was können sie noch tun?
4. Was kann durch den Unterricht und die Erziehungsinstitutionen geschehen, um die junge Generation besser mit der Friedensidee zu durchdringen?
5. Was können die Privatorganisationen im Kampf gegen den Krieg unternehmen?

Die revolutionären Arbeiter der Welt und auch die ehrlichen Friedensfreunde können nicht ernst genug gewarnt werden vor dem fälligen Spiel dieser sozialpatriotischen und pazifistischen Kongressveranstaltung. Der Friedenswille, der in breiten Schichten des Proletariats nach dem vierjährigen Völkermorden bis weit in die Kreise des Bürgertums hinein lebendig ist, soll durch solche internationale Schauprägen eingekullt werden. So widerlich und konterrevolutionär die Schwärmerei „heldischer Professoren“ und kapitalistischer Beutepolitiker für den Krieg sein mag, so darf man dabei nicht übersehen, daß sie im gewissen Sinne ehrlicher sind, wie es diese leichte Auffassung kleinbürgerlicher Aufklärung ist, die auf solchen Kongressen den Ton angibt, um der Bevölkerung einzureden, daß der Massenmord des Krieges lediglich ein Produkt menschlicher Unvernunft sei, der durch gehörige „Anstrengungen der menschlichen Vernunft“, und moralisierende Friedensbeteuerungen beseitigt werden könne. Der Krieg wurzelt in den gegensätzlichen Interessen der Klassen. Die brutalen Kriegspolitiker sind wenigstens an historischem Verständnis oft genug den sozialpatriotischen Friedensaposteln weit überlegen. Ein Professor Otto Höpsh oder Delbrück fehlen darin, daß sie die gegensätzlichen Interessen der Nationen für ewig halten. Die Fimmen und Jouhaux fehlten jedoch darin, daß sie entweder diese gegensätzlichen Interessen überhaupt nicht erkennen oder die Stärke der kapitalistischen Interessen gegenüber allen Friedensredereien nicht begreifen oder, obgleich sie sie begreifen, im Interesse ihrer verachteten kapitalistischen Wiederaufbaupolitik die Arbeitermassen mit Friedensreden über die Kriegsgefahr hinwegtäuschen.

Die Spuren, die die 2. Internationale vor dem Weltkrieg gewandelt ist, müßten jeden ehrlichen Friedensfreund schrecken. Die Amsterdamer Internationale setzt aber gedankenlos die Friedensresolutionsfabrikation der Vorkriegszeit fort, als ob der Weltkrieg niemals gewesen wäre. Der einzige „Fortschritt“ gegenüber Basel bestand in Rom darin, daß neben den Schweizern und Holländern sich auch die Deutschen bereit erklärten, für das Mittel des Generalstreiks zur Verhinderung eines Krieges Propaganda zu machen. Auf dem internationalen Kongress in Basel im Jahre 1912 lehnten bekanntlich die Deutschen unter Führung August Bebel's die Proklamierung des Generalstreiks ab. In Rom, auf dem diesjährigen Internationalen Gewerkschaftskongress der Amsterdamer warnte Williams (England) vor Illusionen über die Durchführbarkeit des Generalstreiks. In der Theorie, d. h. zur Beruhigung der Arbeiter im Interesse der Bourgeoisie, ist auch er dafür. Vorsichtig fügt er jedoch hinzu, in der Praxis werde es Schwierigkeiten geben. Der schlaue Fuchs baut beizeiten vor. Er hat sich bereits einen Vorbehalt geschaffen. Er wird beim

Auch die Londoner-Konferenz zusammengebrochen.

Am 11. Dezember fand, nachdem sowohl der englische, der französisch-italienische als auch der deutsche Vorschlag zur Reparationsfrage abgelehnt wurden, die letzte Sitzung der Ministerpräsidentenkonferenz statt, welche also völlig resultatlos endete. Am 2. Januar soll eine neue Ministerpräsidentenkonferenz in Paris stattfinden.

Diese Konferenz, welche nach dem Versailler Vertrag etwa die zwanzigste ist, bewies also von neuem die Unfähigkeit der Imperialisten, die Gegensätze zu lösen, die Weltwirtschaft anzubauen. Deutschland, das 132 Milliarden Goldmark schuldet, steht am 15. Januar, wo die Schuldung endet, vor dem endgültigen Zusammenbruch. Poincaré erhielt von Mussolini die notwendige Unterstützung, was begreiflich ist, erstens weil Italien die mächtigste Militärmacht zum Nachbarn hat, zweitens von demselben chauvinistischen Geiste beherrscht wird, zuletzt, da es ebenso wie Frankreich, England zum Schuldner hat. Für Sowjetrußland ist das Londoner „Ergebnis“ eine neue Bestätigung seiner Außenpolitik, die an niemanden hofft und sich auf niemanden stützt als auf das Weltproletariat.

Wahlerfolge der irischen Arbeiterpartei.

Der „Times“ zufolge hat die Arbeiterpartei bei den Parlamentswahlen in Südirland einen unerwarteten Erfolg erzielt. Bisher wurden gewählt 35 Ministerielle, 19 Liberale und 17 Abgeordnete der Arbeiterpartei, d. h. 7 mehr als im vorigen Parlament. Die Aufsichten für die Konservativen, die Mehrheit zu erhalten, sind nur sehr schwach.

Der Parteitag der KP. der Tschechoslowakei findet am 2. bis 4. Februar in Prag statt.

nächsten Verrat der Arbeiterklasse sich selbst zitierten und behaupten, daß er schon 1922 in Rom gesagt hat, daß er die Arbeiter erneut verraten und mit der Bourgeoisie zusammen das Vaterland verteidigen wird.

Kongresse dieser Art bleiben so lange eine Komödie, solange sie die kapitalistische Kriegsgefahr isoliert betrachten und isoliert bekämpfen wollen. Die Internationale der Amsterdamer und die kleinbürgerlichen Pazifisten sind solange betrogene Betrüger, solange sie in „normalen Verhältnissen“ am kapitalistischen Aufbau arbeiten und jeden ernsthaften Kampf gegen den Kapitalismus in der Periode zwischen zwei Kriegen ablehnen, um bei Ausbruch eines neuen Krieges den Kampf zu beginnen. Der wirkliche Kampf gegen den Krieg läßt sich nur organisieren im unermüdbaren Kampf gegen jede kapitalistische Lebensäußerung in der „friedlichen Periode“. In dieser „friedlichen Periode“ sammelt der Kapitalismus seine Kraft zum Kriegsführen. Im Augenblick des Kriegsausbruches befindet sich der Kapitalismus jeweils auf dem Gipfel seiner Macht, und den Kampf in dem Augenblick, wo der Kapitalismus am kräftigsten in der Fülle seiner Macht steht, den Kampf gegen den Krieg beginnen zu wollen, bedeutet, ihn dann beginnen, wenn er am wenigsten Aussichten auf Erfolg hat.

Die Kriegsgefahr wirksam bekämpfen, bedeutet, alle revolutionären Kräfte wecken, organisieren und führen zum Kampf, zur Niederwerfung der Bourgeoisie, zur Beseitigung des Kapitalismus und zum Aufbau des Sozialismus.

Der Aufbau des Sozialismus wird, wie die Interventionspolitik der kriegführenden Mächte gegenüber Sowjetrußland beweist, mit kriegerischen Mitteln bekämpft, solange die Bourgeoisie noch über einen Rest von Kraft zum Kriegsführen verfügt. Diese Tatsache beweist, daß das Proletariat nach Niederwerfung der Bourgeoisie im eigenen Land kriegerische Mittel bedienen muß, um seine Macht gegen die inneren und äußeren kapitalistischen Wiederaufbaubestrebungen zu behaupten. Der Krieg ist die brutale und grausamste Form, mit der die herrschende Klasse ihre Interessen verteidigt und alles pazifistische Gerede kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch das Proletariat am Anfang seiner Kämpfe um die Macht auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse mit denselben brutalen kriegerischen Nachmitteln sich seinen Lebenslohn vom Leibe halten muß.

Die Theorie und Praxis der Veranstalter der Haager Friedenskonferenz beweist, daß ihnen jede Spur der Erkenntnis dieser harten Tatsache mangelt. Die bankrotten kapitalistischen Wiederaufbaupolitiker wollen im Haag das Schauspiel eines Scheinkampfes gegen den Krieg für den Frieden aufführen, um sich und die Arbeiterklasse der Welt über den Bankrott ihrer bisherigen Politik hinwegzutäuschen.

Die russischen Gewerkschaften haben die Einladung zur Teilnahme Folge geleistet. Sie haben sich sicherlich keine Illusionen über die honeste Gesellschaft gemacht, die sich im Haag ein Stellbildnis gibt. Die Tatsache, daß sie die Genossen Tolomski und Radek delegiert haben, bürgt dafür, daß die herrschenden Wahrheiten zu hören bekommen werden, die nicht das Entzücken der Versammelten finden werden.

Die erste Friedenskomödie im Haag wurde organisiert vom Jaren Nikolaus, weil er mit Friedensschalmeien 1898 keine imperialistischen Pläne verschleiern wollte. Die Amsterdamer Sozialpatrioten, die 1922 einen Friedenskongreß nach den Haag einberufen, um ihre kapitalistische Wiederaufbaupolitik die überall bankrott gemacht hat, zu verschleiern, haben die Karten in der Hoffnung eingeladen, daß sie entweder ablehnen oder sich als Statisten mißbrauchen lassen. Der Plan wird diesmal ebenso scheitern, wie der Plan Nikolaus II. gescheitert ist, der die zünftigen Diplomaten aus 26 Ländern für keine Friedenspolitik einspannen wollte. Der Pazifismus von 1922 hat heute sicher eine größere Bedeutung als 1898. Nach dem fürchterlichen Morden hat die Friedensidee in den Massen Wurzeln gefaßt. Die Sozialpatrioten wollen sie impotent erhalten. Es wird Aufgabe der revolutionären Arbeiterklasse und vor allem der Kommunisten sein, diese kleinbürgerlich-pazifistischen Bindungen zu lösen. Die russische Delegation wird in diesem Sinne wirken. Wenn es gelingt, die gebundenen Kräfte zu aktivieren, ist aus der kleinbürgerlichen Impotenz zum revolutionären aktiven Kampf gegen den Kapitalismus mobil zu machen, dann bedeutet das die Einbeziehung breiter Massen in den Kampf zum Sturz der Bourgeoisie, und des Kapitalismus. Die Kommunisten aller Länder müssen diese Logik der Sozialpatrioten in diesem Sinne auswerten.

Ein Sieg der Roten Gewerkschafts-Internationale.

Die französische CGT ist sich ein.

Der Vertreter des französischen Syndikalismus auf dem Kongreß der Roten Gewerkschafts-Internationale, Kommissar, hat sich, wie die russische Delegationsagentur selbst, gegen die organische Verbindung der Roten Gewerkschafts-Internationale mit der Kommunistischen Internationale ausgesprochen. Im Namen der letzten erklärte er, daß die Dritte Internationale im Interesse des Klassenkampfes des revolutionären Proletariats bereit ist, aus dem Horrorszenario der revolutionären Syndikalisten Arbeiterführerschaft in der Frage jenes Paragrafen des Statuts, welcher die Verbindung mit der kommunistischen Internationale behandelt, Kompromisse zu machen. Nach der einstimmigen Annahme einer Resolution im Sinne der Delegationsagentur erklärte Kommissar, daß die Gewerkschaften da überall existieren (die roten Gewerkschaften Frankreichs), von diesem Augenblick an offiziell der Roten Gewerkschafts-Internationale angehören.

Der Heldenkampf der Anilin Arbeiter.

Der Streik dauert unerschüttert fort.

Ludwigshafen, den 11. 12. 1922.

(Eigener Bericht.)

Heute sind es 14 Tage, seit der Streik der 40 000 pfälzischen Arbeiter zum Ausbruch kam. 14 Tage ohne Brot! Und dennoch steht die Front ungebrochen und unzerstückelt! Keine Abspaltung, keine Entmutigung kann unter den Streikenden Einzug halten. Alle sind sich einig: Ausharren!

Die Streikleitung.

Die Bourgeoisie und ihre Lakaien, die Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer sind sich darüber einig, daß dieser „wilde“ Streik eine „kommunistische Wache“ ist. Sie sprechen nur vom „Kommunistenstreik“ und von der „kommunistischen Streikleitung“. Die Kommunisten in der Pfalz haben noch nie ein solches Ansehen gehabt, wie jetzt gerade durch diese Stimmungsmache. 40 000 Arbeiter streiken und alle 40 000 sind Kommunisten! Allerdings, es gibt auch verführte und vergewaltigte Schächelchen und, wie die Sozialdemokraten behaupten, sogar sehr viele! Aber die verführten Verführten machen gemeinsame Sache mit den Verführern. Sie stimmen sogar mit ihnen — alle Beschlüsse werden einstimmig angenommen — und das ist das Dumme bei der Sache.

Wer ist nun diese Streikleitung? Die oberste Körperschaft der Streikleitung ist die tägliche Vollversammlung der Gewerkschaftsfunktionäre. Jeden Vormittag um 10 Uhr tritt diese Versammlung zusammen. An der Tür scharfe Kontrolle. Jeder einzelne Funktionär ist in eine Liste eingetragen und muß beim Betreten des Saales seine rote Funktionärskarte vorzeigen. Alle Abstimmungen geschehen durch Hochhalten der roten Funktionärskarte.

Etwa 600 Gewerkschaftsfunktionäre bilden die Exekutive. Diese Exekutive wählt aus ihrer Mitte die engeren Streikleitung: Die Zentralkommission. In dieser sitzen 12 Arbeiter. Bezeichnend ist, daß die Gewerkschaftsangehörigen, obwohl sie wiederholt aufgefordert wurden, sich weder in diesen Vollversammlungen noch in der Streikleitung zeigen. An dem Tage, wo die Gewerkschaftsführer begannen, mit den Industriellen zu verhandeln, lehnten sie es scharf ab, mit der Streikleitung in irgend welche Beziehungen zu treten. Die 12gliedrige Zentralkommission setzt sich zusammen aus 5 Kommunisten, 4 B.S.P.D.-Kollegen, 1 Zentrumsmann und 2 Parteiloosen. Die 5 Kommunisten und die 4 B.S.P.D.-Leute gehören den freien Gewerkschaften an, der Zentrumsmann präsidiert den Vertreter der christlichen Arbeiter, die 2 Parteiloosen sind die Vertreter der Unionisten und Syndikalisten. So sieht die „kommunistische“ Streikleitung aus. Aber noch ungenügender für die Kommunisten ist die Zentralexekutive. Unter den etwa 600 Mitgliedern dieser dürften sich im besten Falle 180-200 Kommunisten befinden. Und die „kommunistische Zentralkommission“ unternimmt nichts, was nicht durch Beschlüsse der Vollversammlung akzeptiert wäre. Jeder Kontrakt zwischen den feindlichen Lagern, jede Eingabe an die Behörden, jede Resolution und jeder Antrag an die Vollversammlung der Streikenden, jeder Aufruf, jedes Flugblatt und jeder Handzettel, jeder Artikel und jede Notiz für die Zeitung, jeder Brief und jeder Nachrich an den Reichsausschuß der Betriebsräte und was es sonst noch alles für Dinge gibt, wird peinlich und genau zur Genehmigung der Vollversammlung der Zentralexekutive vorgelegt und deren Entscheidung darüber eingeholt.

Die Vollversammlung der Streikenden selbst findet alle 2-3 Tage statt, in denen die Vertreter der Zentralexekutive genaue Bericht geben. Das in die Stärke und die Kraft in dieser Streikbewegung. Hier gibt es keine Geheimdiplomatie, keine Vertraulichkeiten, die nicht jedem einzelnen Streikenden bekannt sind. Offen auf dem Markt werden alle „Geheimnisse“ ausgeframt. Das ist es, was die Streikenden so voller Selbstvertrauen sein läßt. Ein wirklich kommunistischer Streik!

Der Hinterrück.

Sie sind sich einig, die staatsbehaltende Dreieinigkeit: Anilinwerke, Behörden und Gewerkschaftsbürokratie. Sie sind sich einig darüber: Ein Kommunistenstreik! Der Streik muß abgewürgt werden. Nicht die geringsten Zugeständnisse dürfen gemacht, die Heizer und Drahtzieher mächtig ausgehungert werden, müssen zu Kreuze kriechen, sie müssen aus der Hand freieren. Gewerkschaften und Unternehmer maßregeln, der Staatsanwalt öffnet keine Tore. Aber verdammt, die Arbeiter pfeifen darauf! Überall, wo Streikende und Nichtstreikende zusammenkommen, bringen sie ihre Entrüstung über den Verrat der Gewerkschaftsbürokratie zum Ausdruck. Die Mitgliederversammlung der Metallarbeiter in Ludwigshafen, die in der Hauptsache von Nichtstreikenden besucht war, verbot durch einen einstimmig angenommenen Antrag ihren Beamten, mit der Anilindirektion zu verhandeln. Was die Arbeiter auch über den Streik denken mögen, darüber sind sie sich alle einig: Das was jetzt die Gewerkschaftsbürokraten tun, ist gemeiner Verrat.

Durch das geschlossene Auftreten der Anilin Arbeiter ist den Drahtziehern der Gewerkschaftsbürokratie ein dicker Strich durch ihre Rechnung gemacht. Sie haben den Streik nicht anerkannt und wollen ihn jetzt zu Ende führen — ohne die Streikenden! Sie zahlen keine Streikunterstützung und wollen sich nicht beugen die Gefolgschaft durch Hunger erzwingen. Sie lehnen Verhandlungen mit den eigenen Verbandskollegen ab und verhandeln nur mit den Unternehmern. Sie verhandeln hinter verschlossenen Türen und wagen nicht, Bericht zu erstatten. Selbst in der engsten Ortsverwaltung sind sie heucheln

im Interesse der Streikenden Erfolge und besitzen die Naivität von den Arbeitern Glauben zu fordern. Aber sie sind sich einig über die Notwendigkeit der Produktionssteigerung der längeren Arbeitszeit, der intensiveren Ausbeutung. Sie sind sich einig darüber, daß die Belegschaften kein Mitbestimmungsrecht haben dürfen.

Warum die Streikenden verraten werden.

Der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Robert Dörmann, erklärte in einer innerparteilichen Auseinandersetzung: „Der Kampf, den die Ludwigshafener Arbeiter führen, ist ein gerechter Kampf. Die Gewerkschaften müssen ihn unterstützen. Sie unterstützen ihn nur darum nicht, weil sie sich in der Betriebsrätefrage festgerannt haben und nicht zurück können.“

Nichts kennzeichnet drastischer den ungeheuren Verrat der Amsterdamer Gewerkschaftsbürokratie an dem pfälzischen Proletariat! Er kann und muß wett gemacht werden durch die brüderliche Solidarität des gesamten Proletariats Deutschlands.

Solidarität mit den Kämpfenden.

Die 120 Arbeiter des Gaswerkes Nischenberg haben allein 11 000 Mark abgeführt.

Mannheim.

Die Mannheimer Arbeiterkassette hat bereits 500 000 Mark abgeliefert. Ein einziger Mannheimer Großbetrieb der Metallindustrie brachte die Summe von 228 000 Mark.

Wittenberg.

Die Wittenberger Arbeiterkassette, die zum großen Teil in den Stützstoffwerken in Biebertal arbeitet, sendet als erste Rate den streikenden Arbeitern von Ludwigshafen 163 645 Mark.

Verein der ausgeschlossenen Bauarbeiter.

Der „Verein der ausgeschlossenen Bauarbeiter“, der bereits 200 000 Mark abgeführt hatte, sandte gestern als zweite Rate weitere 100 000 Mark nach Ludwigshafen ab.

Kiel.

Für die streikenden Arbeiter in der Pfalz sammelten die Kieler Arbeiter bisher 52 387 Mark.

Die Halleschen Gewerkschaften und Betriebsräte fordern die Unterstützung des Kampfes.

Eine am 8. Dezember vom Gewerkschaftskartell Halle einberufene Versammlung der Gewerkschaftsführer und Betriebsräte nahm folgende Resolution an:

„In Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit im Deutschen Reich ist es von großer Wichtigkeit, daß die Gewerkschaften zu dem großen Streik in Ludwigshafen und in der Pfalz in dem Sinne eingreifen, daß sie die im Kampfe stehenden Arbeiter 1. finanziell unterstützen und 2. die gesamte Arbeiterkassette aufrufen zur Solidarität, damit ein baldiger Sieg der Arbeiterkassette gesichert ist. Die heute abend im „Volkspark“ stattgefundene Sitzung des Kartells, der Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte erklären sich solidarisch mit den streikenden Kollegen und verpflichten sich, bei ihren Kollegen dahingehend zu wirken, daß dieselben die angeführten Punkte zur Durchführung bringen.“

Schleien.

Auch in Schleien ist die Hilfsaktion für die Streikenden eingeleitet worden. Wir haben bereits über die einzelnen Sammlungen berichtet und werden es weiterhin tun. Heute können wir dem anfügen:

Die Glasarbeiter in Petersdorf im Riesengebirge opfern wöchentlich einen Stundenlohn.

Am Donnerstag, den 7. 12. tagte im „Gasthof zur Hoffnung“ eine Glas-Arbeiter-Versammlung, die sich mit folgender Tagesordnung beschäftigte:

1. Reichsbetriebsrätekongreß; 2. Lohnfragen; 3. Verschiedenes.

Zu Punkt 1. gab Kollege Karger als Delegierter vom Reichsbetriebsrätekongreß den Bericht und schilderte ausführlich den ganzen Verlauf derselben. Er wies auf die große Gefahr hin, die der gesamten Arbeiterkassette droht. Die Unternehmer beginnen den Angriff auf den Achtstundentag in Ludwigshafen und in der Pfalz. Er betonte ganz besonders, daß die gesamte Arbeiterkassette bald an der Reihe sein wird, wenn sie nicht erwacht und die Gewerkschaften zur Gegenrüstung zwingt. Er schilderte sodann die Ursache des in der Pfalz ausgebrochenen Streiks und forderte die finanzielle Unterstützung, da die Gewerkschaften auch diesen Streik wieder sabotieren. In der Diskussion meldete sich ein Kollege zum Wort und stellte den Antrag, wöchentlich einen Stundenlohn zu opfern, bis der Streik siegreich zu Ende geführt ist. Einige andere unterstützten denselben. Dann meldeten sich zwei andere Kollegen (S.P.D.) zum Wort, deren der Satz zu hoch gegriffen war. Die Abstimmung ergab aber Einstimmigkeit für den Antrag (außer den zwei Kollegen). Im Punkt 2 zeigte sich große Empörung, weil das Angebot der Unternehmer für Akkordarbeiter 10 Prozent, für Stundenarbeiter 30 Prozent war. Die Betriebsräte wurden beauftragt, so bald wie möglich neue Lohnverhandlungen einzuberufen, und auf der Basis des Geforderten zu verhandeln. Da nichts Wichtiges in Punkt 3 vorlag, wurde die Versammlung geschlossen.

Keine Ermüdung

darf in den Unterstützungsaktionen eintreten. Unentwegt müssen die Proletarier Deutschlands für ihre kämpfenden Brüder sorgen. Denn ihr Kampf ist der Kampf des gesamten Proletariats. Je umfangreicher die Unterstützung, um so sicherer der Sieg.

Die Londoner Konferenz.

Der Deutsche Vorschlag zurückgewiesen.

Die Zusammenhänge zwischen Lausanne und London sind deutlich, als daß man den Ausgang der Konferenz nicht im Voraus feststellen könnte. Nachdem England im Orient seine Konzessionen erhalten hat, wird sie Frankreich am Rhein bekommen. Bonar Law hat im eigenen Lande mit einer starken Opposition der Industrie- und Handelsbourgeoisie gegen Poincaré Pläne zu rechnen. Deshalb verfuhr er, die englischen Schuldenforderungen an Frankreich als letzten Trumpf auszuspielen, um Milderungen in Poincaré's Plan zu erreichen. Das Weitsichtige im französischen Plan, wozu England bereits seine Zustimmung gegeben hat, ist die französische Schwerindustrie dazu zu zwingen, die spanischen Bedingungen der Wertstellung anzunehmen. Die einmütige Ablehnung der deutschen Vorschläge zeigt, daß der Weg für Stinnes freigegeben wird. Die nächsten Vorschläge soll Stinnes selbst machen.

Die Reichsregierung verlangt in ihrer Note, die der Staatssekretär Bergmann nach London überbracht hat, ein Moratorium für mehrere Jahre und die Anerkennung der Meistbegünstigungen für den deutschen Handelsverkehr. Es soll eine auswärtige und eine innere Anleihe aufgenommen werden. Die innere Anleihe würde drei Milliarden Goldmark betragen und der Reparationskommission sollen Gutscheine in dieser Höhe übergeben werden.

Neben dem Moratorium für Zahlungen würde die Reichsregierung die Sachlieferungen weiter besorgen. Das Moratorium soll sich vorläufig auf 2 Jahre erstrecken, für jede weitere Milliarde die über die vorgeschlagenen Zahlungen hinaus geleistet würde, soll ein weiteres Moratorium von einem Jahre bewilligt werden. Im ganzen würde der Zahlungsausschuß etwa 5 Jahre betragen. Als Sicherheit für die auswärtige Anleihe bietet der Reichsregierung das Ergebnis der deutschen Zölle an. Der Antrag der Auslandsanleihe soll ganz, der der Inlandsanleihe zur Hälfte der Reparationskommission zur Verfügung stehen.

Diese Vorschläge wurden von der Londoner Konferenz einmütig abgelehnt. Poincaré erklärte, daß dieser Vorschlag nur den Industriellen, die ihre Kapitalien verborgen, Straßlosigkeit zusichert. Irgendeine Garantie oder Pfand wird nicht angeboten. Praktische Vorschläge über die Bilanzierung der Reichsfinanzen wurden auch nicht gegeben.

England machte den Gegenvorschlag, von den deutschen Großindustriellen eine sofortige Zahlung von 500 Millionen Goldmark zu fordern, damit sie ihre Bereitwilligkeit zur Mitarbeit belunden. Deutschland soll eine Frist von 3 Monaten erhalten.

Der englische Gegenvorschlag wurde von Frankreich und Italien abgelehnt. Poincaré wüßte unbedingt eine weitere Gebietsbesetzung als Pfand und Sanktion. Mussolini schloß sich den Ausführungen Poincaré's an, wünschte jedoch die Pfänder auf die Dardanellen, Bälger und staatlichen Eruben zu beschränken.

Es wird ein Kompromiß zwischen England und Frankreich in dem Sinne erwartet, daß England einer sofortigen Befragung eines Teiles des Ruhrgebietes zustimmt und die vollständige Befragung für den Fall beschließen lassen wird, wenn Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommen sollte. Die Ruhrbesetzung soll also als „Sanktion“ und nicht als „Pfand“ gedacht werden.

Poincaré ist mit dieser Lösung auch nicht einverstanden und fordert die unbedingte Annahme seiner Vorschläge.

Gegen diesen nunmehr feststehenden Kaufplan der internationalen Bourgeoisie ist ein internationaler Kampf des Proletariats nötig. Das erkennen heute große Proletariatsmassen, und deshalb versuchen die Reformisten heute in dem Haag, eine Einheitsfront vorzutäuschen, um mit pazifistischen Forderungen das Proletariat vom wirklichen Kampfe abzulenken. Die wüste Bolschewistenbege, mit der Kautzky im „Vorwärts“ diese Konferenz einleitet, indem er den Kampf der Sowjetrepublik mit dem „westlichen Bolschewismus“ Poincaré's in eine Reihe stellt, zeigt, daß Reformisten keinen Kampf gegen die kapitalistischen Pläne, sondern eine Festigung der internationalen Arbeitgemeinschaft der Reformisten und Imperialisten gegen Sowjetrußland, gegen die unterdrückten Völker, gegen das internationale Proletariat herbeiwünschen. Die Vereinigung der 2. und 2 1/2. Internationale soll ein weiterer Schritt zur Sammlung des Proletariats zum Kampfe gegen die revolutionären Massen bezwecken.

Lausanne und London.

Genosse Schischnerin erklärte in Lausanne türkischen Journalisten, die Alliierten wollen die Türkei um die Früchte ihres Sieges bringen. Frankreich habe auf eine unabhängige Politik in der Türkei zugunsten Englands verzichtet, weil es

auf Kompensationen in der Reparationsfrage Deutschland gegenüber rechne.

In der Meerengenfrage beharre Sowjetrußland energisch auf dem bisherigen Standpunkt. England habe Absichten auf den Kaukasus und bei einer Öffnung der Meerengen für Kriegsschiffe würde die Türkei und Rußland ständig bedroht sein. Die Türkei lasse sich bei den gegenwärtigen Verhandlungen in die französisch-englischen Interessen verwickeln. Dies stelle er ohne jegliche Bitterkeit fest, da die türkisch-russische Freundschaft so stark sei, daß die gegenwärtige Situation nur als eine vorübergehende betrachtet werden könne.

In der letzten Konferenzführung führte Genosse Schischnerin aus, Griechenland sei ein warnendes Beispiel für ein Land, das sich allzu sehr unter den Schutz einer Großmacht gestellt habe. Die Verbündeten haben während des Krieges behauptet, sie wollten die Rechte der Völker schützen. Jetzt wollen sie die Unabhängigkeit der Türkei vernichten. Die wahre Absicht, die dahinter steckt, ist sicherlich die, Rußland zu vernichten. Ihr ganzes Interesse geht auf das eine: Wie können wir einen Krieg im Schwarzen Meer organisieren?

Man behauptet, daß Rußland nur deshalb die Schließung der Dardanellen wolle, um hinter dieser Mauer ungestört weiter rüsten zu können. Das sei aber nicht wahr, denn das neue Rußland könne keine Angriffsabsichten

Sodann machte er den Vorschlag, daß Rußland nach der Schließung der Meerengen eine Konferenz aller Mächte in Kopenhagen einberufen soll.

Die menschewistische Delegation Georgiens, die in Lausanne weilte, hat in einem Schreiben an die Konferenz gegen die Haltung Schischnerin's in der Meerengenfrage protestiert und ihre volle Zustimmung zu den englischen Vorschlägen erklärt.

In den Kommissionsberatungen über die türkischen Staatsschulden und Kapitulationen gab es zwischen der türkischen Delegation und den Alliierten heftige Zusammenstöße.

Eröffnung der Konferenz im Haag.

(Eigener Bericht.)

Die Friedenskonferenz der Amsterdamer und der 2. und 2 1/2. Internationale wurde am 10. Dezember im Zoologischen Garten eröffnet. Thomas England eröffnete den Kongreß mit einer kurzen Ansprache. Im Namen der holländischen Gewerkschaften begrüßte Steenhuis, der Präsident der holländischen Gewerkschaften, den Kongreß. Er erklärte, der Führer der Sozialdemokratischen Partei Hollands, führt in einer Ansprache aus, daß die Frage des Wiederaufbaues Europas die internationale Rettungssaktion immer mehr nötig mache. Die einzige Allianz, der die Arbeiterklasse zustimmen könne, sei die heilige Allianz der Proletariat aller Länder. (Beifall.) Albarva begrüßt den Kongreß der lokalen Sozialdemokratie und Gewerkschaften. Wie der Präsident Thomas mitteilt, sind mehr als 600 Delegierte von 24 Nationen anwesend, die etwa 14 Millionen Menschen vertreten. Er zeichnet ein Bild des wirtschaftlichen und politischen Glanzes der Welt als Kriegsjahre. Die junge Generation müsse im Haß gegen den Krieg erzogen werden. Damit hat die Eröffnungsfestlichkeit ihr Ende erreicht.

Der ausgeschmierte Severing.

Die Berliner „Rote Fahne“ schreibt:

Der „Vorwärts“ behauptet, daß der Bericht über die Severing-Versammlung und insbesondere das Zwiegespräch zwischen Severing und einer kommunistischen Arbeiterin, das wir kürzlich veröffentlichten, eine „plumpe Fälschung“ sei. Weil die deutschnationalen Presse unsere Meldung nachdruckte, kratzelt der „Vorwärts“ wieder einmal über deutschnational-kommunistische Verbrüderung.

Wir stellen ausdrücklich fest, daß der Bericht, den wir über die Bielefelder Versammlung gebracht haben, uns von vertrauenswürdigen Bielefelder Genossen, die an der Versammlung teilgenommen haben, übermittelt wurde. Wir haben keine Urjache, irgend einen Zweifel an der Wahrheit dessen, was in dem Bericht gesagt wurde, zu hegen. Der „Vorwärts“ ist auch nicht imstande, seine Behauptung in irgend einer Weise zu belegen. Es bleibt also dabei: Severing ist in Bielefeld abgefahren und die Arbeiter haben ihm ganz gehörig die Wahrheit gesagt! Daß die deutschnationalen Presse unsere Meldung

nachdruckt, daran sind wir eben so wenig schuld, wie an den Verlegenheitslügen des „Vorwärts“.

Wir bringen diese Notiz der „Roten Fahne“ weil wir aus Erfahrung annehmen können, daß die Ableger des „Vorwärts“ in Schlesien jene Notiz auch bringen werden. Wir teilen also jetzt schon mit, daß die „Vorwärts“-Notiz ein plumper Schwindel ist.

Bildung eines Kontrollausschusses in Bobrek OS.

Man schreibt uns:

Da die Auswanderung der arbeitenden Massen durch die Schieber und Wucherer immer frecher wurde, beschloß die SPD Ortsgruppe Bobrek, sich an die BSWD zu wenden zwecks Bildung gemeinsamer Kontrollausschüsse. Aus diesem Anlaß fand am 3. Dezember eine gemeinsame Vorstandssitzung statt. Auf dieser wurde volle Einigkeit mit der BSWD erzielt. Es wurde eine Kommission gewählt, die dem Gemeindevorsteher die Wünsche der Arbeitermassen übermittelte. Am 4. Dezember begab sich die Kommission zum Gemeindevorsteher und legte ihm ihr Begehren vor. Er versuchte anfangs durch allerlei Winkelzüge sich herauszureden. Er wurde aber so in die Enge getrieben, daß er schließlich auf alles einging. Nächsten Tag darauf fand eine gesonderte Sitzung statt. Bei dieser wurden die Mitglieder in den Kontrollausschuß gewählt und zwar von jeder Partei drei Genossen. Am 6. Dezember fand wieder eine gemeinsame Sitzung beider Vorstände und der gewählten Kontrollausschüßmitglieder statt. Auf dieser wollten die BSWD vier Mitglieder stellen. Da die SPD darauf nicht einging, so verzichtete die BSWD auf den vierten Mann. Es wurden die Mitglieder bestätigt und der Kontrollausschuß kann seine Arbeit beginnen zum Wohle der Bobreker Arbeiterschaft.

Wir hoffen, daß die Arbeiterschaft an den anderen Orten dem Beispiel der Bobreker Arbeiterschaft folgen und Kontrollausschüsse bilden wird. Die Tätigkeit der Kontrollausschüsse darf sich aber nicht auf die Aufgaben der Preisprüfungs-Kommissionen beschränken.

Die Kontrollausschüsse müssen vor allen Dingen das Recht der Beschlagnahme von übermäßig verteuerten oder verschoben- und der Allgemeinheit entzogenen Waren haben. Sie müssen ferner an den Bahnhöfen eine Kontrolle der an- und abrollenden Waren ausüben und verhindern, daß Lebens- und andere wichtige Bedarfsartikel unter falscher Deklaration verschoben werden.

Während die Preisprüfungs-Kommissionen lediglich über die Angemessenheit der Lebensmittelpreise in Gemeinschaft mit den Kaufleuten entscheiden, müssen die Kontrollausschüsse die Preisbildung bei allen Waren überwachen und kontrollieren. Auch Hausfrauen müssen in die Kontrollausschüsse gewählt werden.

Ferner ist es Aufgabe der Kontrollausschüsse, die Tätigkeit der Faschisten und Großdeutschen zu überwachen und gerade auf diesem Gebiete werden die Kontrollausschüsse in Oberschlesien viel Arbeit leisten können.

Faschistische Mordanschläge.

Die Turiner Faschisten haben nach dem kommunistischen Sieg zur Arbeitslosen-Kammer einen neuen Terrorfeldzug gegen die Arbeiterschaft organisiert. Faschistentruppen griffen auf offener Straße mehrlose Arbeiter mit Revolvern und Dolchen an und drangen schließlich in das Wohnhaus des Genossen Longo ein, dessen Vater sie auf der Stelle ermordeten. Ein zehnjähriges Kind des Ermordeten, das seinem Vater zur Hilfe kommen wollte, wurde von den Mördern arg mißhandelt.

Drei Menschen

59) Roman von Maxim Gorki.

Er fühlte, daß Jafow's dunkle Reden ihm jetzt doch härter ans Herz fahlen als früher, und daß die Worte des Kameraden in ihm ganz besondere Gedanken weckten. Es schien ihm, daß irgend ein geheimnisvolles Wesen in ihm — eben jenes, das stets seinen einfachen und klaren Vorstellungen von einem lauberen, behaglichen Leben widersprach — mit besonderer Begier auf Jafow's Reden lauschte und sich dabei in seiner Seele wälzte, wie das Kind im Mutterleibe. Das war Ija ungesund, und es verwirrte ihn und schien ihm überflüssig, und darum ging er den Gesprächen mit Jafow aus dem Wege. Es war jedoch nicht so leicht für ihn, ihn loszuwerden, wenn er sich einmal mit ihm eingelassen hatte.

„Was für ein Sinn? Sehr einfach! Wenn du dir nicht darüber klar bist, wohin du gehst, ist's, wie wenn du brennen wolltest ohne Feuer, nicht wahr? Man muß immer wissen, wohin man geht, und warum man dahin geht, und ob's der rechte Weg ist.“

„Du bist wie ein alter Mann, Jafow ... langweilig bist du. Meine Meinung ist die: Seht nach dem Glück sich selbst das Schwein, wie kann's beim Menschen anders sein? — wie das Sprichwort sagt ... Na, le's wohl!“

Es war ihm nach solchen Gesprächen zumute, als ob er recht viel Geisteskräften verloren hätte: ein harter Durst bemächtigte sich seiner, und er hatte Begier nach irgend etwas Besonderem. Der Gedanke an die Strafe, die Gott über ihn verhängen würde, flammte in ihm heller auf und versengte seine Seele; er suchte die Einsamkeit und fand sie nicht. Dann ging er zu Olympiada, und in ihren Armen suchte er Bergelassen und Ruhe vor seinen qualvollen Gedanken.

Bisweilen behauchte er auch Wjera. Das lustige Leben, das sie führte, hatte sie nach und nach in seinen tiefen, schmerzigen Strudel hineingezogen. Sie erzählte Ija voll Begeisterung von den Schmausereien mit reichen, jungen Kaufleuten, mit Beamten und Offizieren, von den Restaurants und den Spazierfahrten in der Druifa. Sie zeigte ihm neue Kleider und Hüden, alles Geckhens ihrer Bereicherung. Lebendig, wohlgebaut und kräftig, wie sie war, brüstete sie sich stolz damit, wie ihre Anbeter um ihren Besitz sich künftigen und stritten. Wjera hatte keine Freude an ihrer Gesundheit, Schönheit und Mutterkeit, doch sprach er mehr als einmal zu ihr während:

„Daß Sie nur nicht schwindlig werden bei diesem Spiel, Wjerkitscha ...“

„Was schadet's denn? Das ist doch mein Weg ... Wenigstens lebt man mit Schick. Ich nehme vom Leben, was ich kann ... Damit basta!“

„Nun, und Wadel?“

Sobald sie den Namen ihres Geliebten vernahm, juckten ihre Brauen, und ihre Heiterkeit verschwand.

„Wenn er mich doch laufen ließe“, sagte sie. „Das macht ihm sonst Kummer ... und er quält sich so. Wäre er wenigstens mit dem zufrieden, was ich ihm geben kann ... aber er will mich ganz ... und ich kann nicht mehr Halt machen ...“

„Lieben Sie ihn nicht?“ Fragte Ija.

„Ihn muß man doch lieben“, entgegnete sie ganz ernsthaft. „Er ist ein so prächtiger Junge.“

„Na, also, dann sollten Sie doch mit ihm zusammen leben!“

„Mit ihm? Ich sollt' ihm auf dem Halse sitzen? Er hat ja kaum für sich ein Stückchen Brot, wie soll er da mich erhalten? Nein — er tut mir leid ...“

„Sehen Sie sich vor, daß nichts Böses geschieht ... er ist ein Hystiker“, warnte sie Wjera eines Tages, aber sie lachte.

„Er? Er ist ganz weich! ... Ich kann ihn biegen, wie ich will ...“

„Sie werden ihn zerbrechen ...“

„Ach, mein Gott, rief Wjera ängstlich. „Wie soll ich's denn nun machen? Bin ich denn bloß für einen Menschen geboren? Jeder will doch lustig leben ... Und jeder lebt nur für sich ... wie es ihm gefällt ... Er genau so wie Sie und wie ich.“

„Nein, so ist's doch nicht“, sprach Ija finster und nachdenklich. „Wir leben alle ... aber nur nicht für uns ...“

„Und für wen denn?“

„Nehmen wir Sie zum Beispiel. Sie leben für die Kaufleute, für allerhand leichtlebige Menschen ...“

„Ich bin doch selbst leichtlebiger“, sagte Wjera und lachte vergnügt.

Wjera verließ sie in niedergeschlagener Stimmung. Wadel hatte er in dieser ganzen Zeit nur zweimal flüchtig gesehen. Als er den Freund einmal bei Wjera traf, hatte dieser finster und verdorben dageharrt ... Schweigend, die Zähne fest aufeinander gepreßt, mit roten Flecken auf den magren Wangen. Ija begrüßte, daß Wadel auf ihn eifersüchtig war und daß Schweigende seiner Eitelkeit. Zugleich aber sah er deutlich, daß Wadel hier in ein Netz verstrickt war, aus dem er sich kaum ohne schweren Nachteil würde befreien können. Er bedauerte Wadel, noch mehr aber Wjera, und er hörte auf, sie zu besprechen. Mit Olympiada verlebte er einen neuen Sonntag.

Aber auch hier schlich sich ein kalter Schatten ein, der Ija's Herz die Ruhe benahm. Bisweilen verlor er mitten in der Unterhaltung plötzlich in schweres Brüten; dann sagte Olympiada in verliestem Gestalt zu ihm:

„Mein Lieber, so denst' doch nicht dran ... es gibt so wenig Menschen in der Welt, deren Hände rein sind!“

„Hör' mal“, versetzte er dann trocken und ernst, „ich bitte dich, sprich nicht davon mit mir! Nicht an die Hände denk' ich, sondern an die Seele. Du bist ein kluges Mädchen, aber was mich bewegt, kannst du nicht begreifen ... Sag' doch einmal, wie soll man's anfangen, was tun, um ehrbar und rein, ruhig und gerecht gegen andere zu leben? Das ist's, was ich wissen möchte ... Von dem Alten jedoch schweig mir.“

Aber sie brachte es nicht fertig, von dem Alten zu schweigen, und beschwor Ija immer wieder, ihn zu vergessen. Wjera ärgerte sich dann und ging fort. Und wenn er wieder kam, schrie sie wie toll, daß er sie nur aus Furcht liebe, oder aus Graue, daß sie das nicht möge und lieber von ihm lassen, lieber ganz aus der Stadt wegziehen wolle. Und sie weinte, trüß Ija, bis ihn in die Schultern, küßte seine Zähne, und dann warf sie wie eine Rasende ihre Kleider von sich, stellte sich nackt vor ihn hin und rief:

„Bin ich nicht schön? Ist mein Körper nicht voller Reize? Und mit jeder Ader, mit jedem Tropfen meines Blutes liebe ich dich ... Zerleiche mich — und ich werde dabei lachen!“

Ihre blauen Augen wurden dunkler, die Lippen bebten in heiserer Gier, und ihr Busen wogte empor, wie wenn er Ija entgegenstrebte. Er umarmte und küßte sie mit aller Kraft, und wenn er dann nach Haule ging, dachte er bei sich: wie konnte sie, die so voll Leben, so heiß, so blutig ist — wie konnte sie die widerlichen Lieblosungen dieses Greises ertragen? Und Olympiada erlöschte ihm so verabscheuungswert und erbärmlich, daß er mit Ekel ausstöhnen mußte, wenn er an ihre Küße dachte.

Eines Tages, nach einem solchen Ausbruch ihrer Leidenschaft, sprach er zu ihr, ermüdet von ihren Lieblosungen:

„Seit ich den alten Satan erwürgt habe, liebst du mich viel leidenschaftlicher!“

„Nun ja ... und was weiter?“

„Nichts weiter. Ich muß nur lachen, wenn ich dran denke ... Es gibt eben Leute, denen ein faules Ei besser schmeckt als ein frisches, und die den Apfel erst essen, wenn er angekauft ist ... Sonderbar!“

(Fortsetzung folgt.)

Wieder 8 Jahre und 11 Monate Gefängnis für Arbeiter.

In Darmstadt fand in den letzten Tagen ein Prozeß wegen 8 Arbeiter wegen der Aufbruchfälle am 27. Juli statt. Die Verhandlungen, die den Abg. Dingeldey betreffen, wurden nach vierstägiger Dauer am 8. Dezember zu Ende geführt.

Die Geschworenen bejahten für sämtliche Angeklagten die Schuldfrage bis auf den Angeklagten Wagner. Das Urteil lautete gegen die Angeklagten Doeil und Feuerpal auf 2 Jahre 6 Monate Gefängnis, gegen Friedrich auf 1 Jahr und 9 Monate Gefängnis, Geber 6 Monate Gefängnis, Wagner 8 Monate Gefängnis und Fuchs 1 Jahr Gefängnis. Strafschmerzend fiel ins Gewicht, daß es sich um einen schweren Landfriedensbruch handelte, daß die Angeklagten in der Drangsalierung des Abg. Dingeldey besonders hartnäckig waren und gegen diesen sowie gegen das Sacheigentum ein brutales Verhalten an den Tag legten. Strafmildernd wurde in Rücksicht genommen, daß als erwiesen angesehen wurde, daß die Angeklagten unter dem Eindruck der Massenpsychose standen, daß sie durchweg im Felde ihre Schuldigkeit getan haben, wenn gleich auch dieses die Pflicht eines jeden braven deutschen Mannes gewesen sei.

Acht Jahre und 11 Monate Gefängnis für sechs Arbeiter, die ihre Empörung über den Rathenauermord — die das bürgerliche Klassengericht „Massenpsychose“ nennt — an einem sich besonders probatorisch gebärdenden deutschnationalen Abgeordneten ausließen. Man halte daneben, daß der Gefreite Pohl, der 1920 zwei Arbeiter ermordet hat, vom Halleschen Landgericht freigesprochen wurde und sein Anführer der Seemann Poppe 2 Jahre Gefängnis erhielt.

Reichstagsführung

vom 11. Dezember 1922.

Nach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen, wobei der Reichswirtschaftsminister Dr. Becker auch der notleidenden Presse und dem Absterben der Zeitungen mit einigen leeren Worten gedachte, wurde der Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums im Nachtragsetat besprochen. Von sozialdemokratischer Seite wurde Beschwerde darüber geführt, daß der Adel bei den Reichswirtschaftsministerien überwiegt und daß die Mannschaften schlecht untergebracht und übel behandelt werden. Es müsse auch mit dem Aufzug der fortgeschrittenen Ernennungen von Reserveoffizieren aufgetäumt werden.

In ausführlicher Rede legte von unserer Seite

Genosse Thomas

die Stellung der Kommunistischen Partei zur Reichswehr dar. Wir bekämpfen die Reichswehr als monarchistisch und reaktionär mißbrauchte Institution, aber wir treten mit aller Kraft für die größtenteils aus dem Proletariat stammenden, schlecht bestellten Reichswehrsoldaten ein. Ein Untergebener müsse das Recht haben, einen Befehl nicht auszuführen, wenn er Menschenquälerei bedeutet. Thomas führt Fälle an, wonach ein Soldat, der Enttarnung über den Rathenauermord erlitt, mit Arrest bestraft wurde, und von einem Offizier „republikanische Sau“ genannt wurde. Die Reichswehrsoldaten müssen als gleichberechtigte Staatsbürger zur Selbsthilfe aufgefordert werden. Es muß heißen: Arbeiter und Soldaten, verbrüderet Euch!

Der Reichswehrminister Dr. Geßler erwiderte in einer seiner Stellung entsprechenden, durchaus rechts orientierten Weise mit einigen Floskeln, daß er verführen möchte, die Reichswehr auf das Volk ziehen zu lassen, im übrigen aber sie als Werkzeug der regierenden Klassen gegen die wachsende kommunistische Agitation bewahren werde. Nun, die Entwicklung wird auch in der Reichswehr über Herrn Geßler und seine Befehlshaber hinwegschreiten.

Auf eine kurze Erwiderung des Genossen Thomas über die Zeitungsverhältnisse in den Kavernen erklärte der Reichswehrminister, daß er der Verbreitung der kommunistischen Presse in den Kavernen keinen Widerstand entgegenlegen werde, falls ihm die Blätter zur Verfügung gestellt werden. Selbst wenn Herr Geßler es ehrlich meinte, so dürfte er bei seinen höheren Vorgesetzten in der Reichswehr hierbei die in anderen Dingen kein blaues Wunder erleben. Herr Geßler bekannte sich mit Stolz als Demokrat, Herr von Segeßel und seine Offiziere zeigen ihm jedoch mit der Faust und in der Tat, daß sie die Herren im Hause des Militarismus und die Befehlshaber in den Kavernen sind.

In der 7. Abendstunde beragte sich der Reichstag auf Dienstag nachmittag mit der Tagesordnung: 8. Nachtragsetat, seine Vorlagen, Abänderung der Geschäftsordnung in letzter Sitzung.

Schlesische Rundschau.

Die Faizillen in Oberschlesien.

Die „rote Fahne“ berichtet, daß die Berliner Nationalsozialisten von der „Großdeutschen Arbeiterpartei“ beabsichtigen, in nächster Zeit mit einem Entzug zu einer Parade nach Oberschlesien zu fahren. Sie ahnen damit der Methode der Münchener Nationalsozialisten nach. Diese „Großdeutsche Arbeiterpartei“ konnte ihren Charakter als nationalsozialistische Partei — diese ist von Zerbering bekanntlich in weiser Vorsicht rechtzeitig zur Freigabe verboten und aufgelöst (?) worden — nur der „ahnwachen“ politischen Polizei verbergen. Wer hinter die Kulissen sehen kann, weiß, daß die enge Verbindung und Zusammenarbeit mit München besteht. Briefe und Kuriers wechseln hin und her. Agitatoren unter ihnen — nicht zuletzt Hoffmann — bearbeiten in Massen die Provinz. Überall werden Ortsgruppen der Großdeutschen Arbeiterpartei gegründet. Die Bande der Nationalsozialisten in Oberschlesien soll in Glatz fünfzigtausend Mann stellen existieren, aus dem ganzen Reich. Und da in Oberschlesien noch Orgeschparaden in Halle und Zille lagern, ist beabsichtigt, einen guten Teil bei der Heimfahrt mit nach Hause zu nehmen. Die Arbeiter, besonders die Eisenbahner, in Glatz und Oberschlesien werden auf dem Posten zu müssen,

um den Transport der Orgeschparaden zu verhindern und den Faschisten überall den Empfang zu bereiten, der ihnen gebührt.

Sollte Sudendorff es wirklich wagen, in Oberschlesien Orgeschparaden abzuhalten, so muß das gesamte Proletariat in wichtigen Gegendemonstrationen aufmarschieren.

Neue Literatur.

„Die apokalyptischen Reiter.“ Unter diesem Titel schrieb ein Spanier, Bizente Blasco Ibañez einen Roman, welcher bereits als Film durch die Welt gewandert ist und jetzt im Verlag von W. J. M. Berlin in der ersten deutschen Übersetzung erschienen ist. In spannender, handlungsreicher Weise und mit der gleichen Anschaulichkeit, mit derselben grausamen Wahrscheinlichkeit, wie Ordama-Carrión vor hundert Jahren sein „1813“ und „Waterloo“ schrieb, schildert er den modernen Krieg mit den modernen Vernichtungsmitteln, aus dem gegen den Krieg und gegen den Militarismus, wie es in seinem Bortwort heißt. In dem ersten Kapitel führt er dem Leser in das Paris vor dem Weltkrieg, fast die gleiche Stimmung unter der Bevölkerung wie in Deutschland; ein zweites Teil des Buches ist der Entstehung des Krieges gewidmet. Als Dichter braucht man kein Volkstümmer zu sein, deshalb ist seine auch im Bortwort betonte Auffassung, daß die Monarchien und besonders die Monarchen, wie Wilhelm der Zweite, die Kriege verursachen, mit Rechtigkeit von jedem denkenden und marxistisch gefühlten Leser richtigzustellen, so wie auch jeder weiß, daß eine republikanische Staatsform keine Gewähr für den Frieden ist. Besonders da er die meisten aufstrebenden Franzosen, die Republikaner, im gleichen Nationalismus erscheinen läßt, wenn schon in verbesselter Form, den er an den Deutschen so unbarbarisch kritisiert. Mancher Deutsche wird nicht gern in diesen Spiegel schauen. — Die Handlung ist kurz folgende: Ein neunzehnjähriger, armer Künstler verläßt als Fahnenflüchtiger 1870 Frankreich. Der Zufall führt ihn nach Argentinien, wo er in die Dienste eines wohlhabenden, spanischen Farmers tritt, dessen Schwiegersohn er wird. Gleichzeitig ist dort im Dienst ein adliger deutscher Offizier, der aus dem Heere gestossen wurde und drüben sein Brot suchen muß. Auch er heiratet, wider den Willen des Alten, die zweite Tochter. Nach dem Tode des Farmers erfahren die nationalen Streitigkeiten dadurch ein Ende, daß der Deutsche mit der Millionenerbschaft und einer stattlichen Familie nach Deutschland zurückkehrt. Der Reichtum hat ihn wieder hoffähig werden lassen. Schließlich geht auch der inzwischen alt gewordene Besorger nach Frankreich und er erlebt den Weltkrieg dort als reicher Schloßherr. Daß daneben zwei Liebesgeschichten zwischen drei Männern und zwei Frauen durch den Krieg eine piebische Lösung finden, sei nebenbei bemerkt. Den Frauen wird im Krieg eine große Rolle als idealer Nachfaktor zugewiesen. Mit der Schilderung der Marneschlacht und dem Ausbruch eines Russen, „daß die apokalyptische Bestie, nur vermindert jetzt, bald wiederkehren wird“, schließt das umfangreiche Werk. Wir fügen als Schlussbemerkung hinzu: „Bis diese Bestie durch den Kommunismus endgültig getötet sein wird.“ So kann, auch dieses Buch Ansporn zum letzten Kampfe sein.

Breslau.

Votales.

Bürgerliche Wohltätigkeit.

Fast 1 Million Mark sind durch die Werbetätigkeit der „Breslauer Neuesten Nachrichten“ zusammengekommen, um armen, bedürftigen Kindern eine Weihnachtsgeschenke zu bereiten. Die Gerechtigkeit und Hochherzigkeit der Spender kann man ja anerkennen, befindet sich doch unter denselben mander Prolet und Lohnsklave, der getrost für sich selbst die Bezeichnung „arm“ und bedürftig in Anspruch nehmen könnte, der aber trotzdem kein Scherlein beisteuert. Was wir jedoch nicht anerkennen, das ist die bürokratische Prüfung aus Herz und Kiere der zu unterstützenden Personen durch behördliche Organe. Sind wir es doch gewohnt, und die Erfahrung bekräftigt es, daß hierbei leicht die Motive ins politische und religiöse Fahrwasser gleiten können. Was wir ferner nicht anerkennen, ist der bombastische Ton und die Aufmachung, mit der die Verteilung der Gaben vor sich gehen soll. Wie aus den Zeitungsausschnitten zu entnehmen ist, wird eine großartige Feier in Liebigs Gasthause unter Mitwirkung prominenter hiesiger Künstler geplant. Wir kennen die Veranstaltung „hoher Wohltätigkeitsfeier“ zu Genüge und wissen, daß dieselbe trotz der Festsetzung der unangenehmlichen Mitwirkung der musikalischen, literarischen und sonstigen Kräfte letzten Endes doch meist in der Zurückhaltung einer Privatfeier ausbleiben, man nennt das dann „Honorieren der Speise, anstellen“. Wir wollen nur an die Gerhart-Hauptmann-Feier erinnern, wo Künstler von Ruf sich ausnahmslos in den Dienst der guten Sache stellten, dann aber ganz ansehnliche Spenden einbrachten. Um diese Beträge werden die armen bedürftigen Kinder geprellt. Es ist aber nun einmal das Bedürfnis der bürgerlichen „Wohltätigkeit“ ihr „Böhlertum“ in feierliches Gepränge zu kleiden und den Anreiz nach Ansehen beim Publikum infolgedessen die Kräfte noch zahlbarer zu machen. Aus dem Umstand, daß von der Wilma nur 500 Kinder beschenkt werden sollen — es entfallen somit auf jedes Kind 2000 Mark, ohne die vielen Zuwendungen in Kasernen — ist zu entnehmen, daß hier wohl festensaal gefeiert werden wird. 500 Kinder sind schon in einem einzigen Provinzialtheater zu bewundern. Es wäre besser, weniger reichlich und dafür mehr Kinder zu beschenken. Aber dazu gehört Liebigs Gasthause zu sein. Und die theatralische Feier muß doch noch kein Konk. macht die Sache keinen Erfolg.

Zur Generalversammlung der Metallarbeiter Breslaus.

Breslau, Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, wird im Gewerkschaftshaus die am 20. November veranlagte Generalversammlung tagen. Als erster Punkt kommt zur Behandlung das Recht der Ortsverwaltung und Kartellbestimmungen. Die Kollektoren sind hier zu entscheiden, ob sie die von der Ortsverwaltung bisher betriebene Politik gut heißen oder nicht. Es liegt hier, bei dieser Gelegenheit eine Kritik zu tun. Eine Doppelkritik wurde getrieben, denn demnach ist möglich, daß die hiesigen Bestände der Spigen mit den Unternehmern unter Aufsicht der besten Kollektoren sind. Sie haben ihren Anstand in dem ungeliebten mit langjähriger Unterwerfung für sich aufgegebenen Kartell, der bei den Inflationen nicht einmal den meisten Vertretern, geschweige der besten Kollektoren bekannt war. Die In-

wirkung ist, daß die Kollegenchaft heute in unzählige Klassen zerfallen ist. Es besteht heute schon zwischen Gruppe 2 und 3 eine Differenz von 44 Mark die Stunde. Die bisher eingeschlagene Politik trägt überhaupt den Stempel totaler Unfähigkeit und wirkt direkt einschläfernd. Nicht ein einziges Mal hielt es die Ortsleitung für notwendig, vor den Kollegen zu dem immer größer werdenden Geldstiefen Stellung zu nehmen. In demselben Sinne der Unfähigkeit hält die Ortsverwaltung die ihr selber noch zum großen Teil ergebenen Vertrauensleute und Betriebsräte. Hierfür bieten die Vertreter der Metallindustrie ein Spiegelbild. Die Früchte dieser Einschläferungspolitik reifen in Gestalt der vielen Austritte aus dem Verband. Wir Kommunisten verwerfen diese Politik und sagen: hier muß Lebendigkeit eingeholen. Für die uns nur Unheil bringende Passivität muß der entscheidende Wille zum Kampf um besseres Leben gesetzt werden. Dazu gehört vor allem eine dementsprechende Leitung. Wir haben deshalb eine geschlossene eigene Liste eingebracht. Wir hoffen es für angebracht, daß die besetzten Stellen (erster und zweiter Bevollmächtigter wie Kassierer) ausgeschrieben werden zur freien Bewerbung. Die letzte Versammlung hat gezeigt, daß die Ortsverwaltung auf schwachen Füßen steht. Sie wird alles tun, um sich am Ruder zu halten. In der Zwischenzeit hat sie allerlei Anstrengungen gemacht, um alle ihre ergebenen Schafflein rechtzeitig zur Stelle zu haben. Sie wird morgen mit allen Mitteln zu Werke gehen, um das Geld zu beschaffen. Es ist die Pflicht aller oppositionellen Kollegen, ebenfalls nicht müßig zu sein, sondern alles zu tun, damit auch der letzte Kollege zur Stelle ist, und zwar zeitlich, denn die 1000 Sitzplätze werden bald besetzt sein. Der Ortsverwaltung gilt das Motto: Sure Zeit ist abgelauten. Die Metallarbeiter selbst sitzen morgen zu Gericht über die Tüchtigkeit der Ortsverwaltung. Sie haben das Urteil zu fällen.

Dittersbach.

Eine Berichtigung. Dr. Veteranen- und Kriegerverein Dittersbach, Kreis Waldenburg, ersucht uns, mitzuteilen, daß er mit dem Artikel „Rache für die Gefallenen“ in Nr. 261 unserer Zeitung nicht gemeint ist. Wir bedauern dieses Schreiben des Kriegervereins und drücken unsere Verwunderung darüber aus, daß der Kriegerverein solchen Wert auf seine Reimabachtung legt.

Versammlungs-Kalender.

Für jed. Zeile und dies. Rubrik muß ein Betrag von 5 H. gezahlt werden.

KPD Bezirksleitung: Büro in Kasse, Breslau, Nikolaistr. 49/50. Fernruf Amt Ring 8857. Adresse: Alfred Dehner, Breslau, Nikolaistr. 49/50. Postfachkonto: Breslau 88864, Alfred Dehner.

Breslau, Mittwoch, 13. Dezember, abends 7 Uhr, im Vorträgsbüro, Funktionärerversammlung. Es sind vorzuzusetzen, alle Funktionäre der Partei, alle Vertrauensleute aus Betrieb und Gewerkschaft, sowie alle Betriebsräte. Das Versammlungslokal ist ungenügend, bitte Sitzgelegenheit für alle, auch für Gehörlose. Bänke sind vorhanden. Mitgliedsbuch legitimiert. Ortsleitungsmitglieder erscheinen eine Stunde früher.

Kreis Breslau, Sonntag, 17. Dezember, vorm. 9 Uhr, im Parteibüro, Funktionärerversammlung. Es ist unbedingt Pflicht, daß jede Ortsgruppe mit ihren Funktionären erscheint. Ausweis mitbringen.

Dillrikte 78, Donnerstag, 14. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, „zur Stadt Waterloo“, Offener Versammlung. Thema: „Der Stand der Volksgesundheit“.

Hindenburg, Ten Genossen der Ortsgruppe zur Kenntnis, daß am Sonntag, den 17. Dezember, vorm. 10 Uhr, bei Herrn Stoltau, Marienth., die erste Ortsgruppe stattfinden. Vollständig teilnehmen!

Alt-Löffel, Sonntag, 17. Dezember, nachm. 4 Uhr, im Söhm's Brauerei, Mitgliederversammlung. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht, daß jeder Genosse und jede Genossin erscheint. Pünktlichkeit im Parteipflicht.

Peterswaldau, Sonntag, 17. Dezember, nachm. 3 Uhr, bei Rietze, nur Mitgliederversammlung. Mitgliedsbuch mitbringen.

Ziegenhals, Sonntag, 16. Dezember, abends 7 Uhr, im „Schützenhaus“, Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung, daher pünktliches Erscheinen aller Genossen und Zeitungslieferer notwendig.

KJD Bezirksleitung: Max Gräfer, Breslau 1, Nikolaistr. 49/50. Postfachkonto: Breslau 6795, Max Gräfer.

Breslau, Helm Luxemburg, Mittwoch, den 13. Dezember, abends 7 Uhr, Schule, Produktionsfrage, Heimabend. Nichtspiel und wichtige Heimabendangelegenheiten. Jeder Jugendgenosse und Genossin muß erscheinen.

Liebau, Sonntag, 16. Dezember, vorm. 7 Uhr, in der „Stadt Berlin“, Vortrag über die Entziehung und Einweisung der proletarischen Jugendbevölkerung. Jeder Jugendgenosse und jede Genossin müssen erscheinen, sie dürfen sich nicht durch private Besprechungen abhalten lassen.

Waldenburg-Dittersbach, Sonntag, 17. Dezember, vormittags 11 Uhr, im „Gasthof zur Friedenshoffnung“, Generalprobe zur Sonnenfeier. Die Genossen von Waldenburg und Altmoritz treffen sich 8 30 Uhr im Jugendheim, von da aus Waldenburg. Theaterprobe sowie Bandinstrumentalisten haben bestimmt zu erscheinen. Achtung Partei- und Jugendgruppen des Waldenburger Kreises. Die kommunistische Jugend, Ortsgruppe Waldenburg, veranstaltet am 27. Dezember, abends 7 Uhr, im „Gasthof zur Friedenshoffnung“, Dittersbach, eine Winterabendfeier, zu der alle Partei- und Jugendgruppen zum Erscheinen eingeladen. Programm und bei den Mitgliedern der K. J. Waldenburg zum Kreis von 35 Uhr erhältlich. Genossen und Genossinnen ermahnt unter Berufung auf (E. Jäger),

Gewerkschaften Alle Zusendungen in Gewerkschaftsangelegenheiten an das Sekretariat, Breslau, Nikolaistraße 49/50.

Freiburg, Metallarbeit. Donnerstag, den 14. Dezember, abends 7 30 Uhr im Saale des Gasthofs „Zum Buchwald“, Generalversammlung.

Waldenburg, Sonntag, 17. Dezember, nachm. 2 Uhr, im „Schützenhaus“, Bezirksleitungsversammlung aller freigelegten komm. Bergarbeiter. Wegen der wichtigen Tagesordnung, die u. a. Bericht vom Reichsberiberberichterstattung enthält, ist es unbedingt notwendig, daß jede Ortsgruppenorganisation und wo diese noch nicht besteht, mindestens die Ortsgruppe durch einen Delegierten vertreten ist. Arbeit auf kommunistische Basis.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Hartig; Inserate Max J. Hocher. Druck und Verlag: Produktionsgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Schauspielhaus. 1. Oberensemble. Telefon 2.2545.

Mittw. u. Donnerstag 7 1/2 Uhr Auftreten Hella Kürty Marg Pfahl-Wellerstein Hellmut Hallendorf

Die Fledermaus Freitag, Sonnabend und Sonntag 7 1/2 Uhr

Die Königin von Montmartre Sonnt. nachm. 3 1/2 Uhr Ein Walzertraum

Kommunistische Jugend Waldenburg Montag, den 25. Dezember, abds. 7 Uhr im Gasthof zur Friedenshoffnung, Dittersbach

Winter - Sonnentag bestehend aus: Theater, Gesang, Ansprache Rezitationen und Mandolinenvorträgen

Einlaß 6 Uhr Beginn 7 Uhr Eintrittspreis 35 Mk.

Lelet und verbreitet die Schles. Arbeiter-Zeitung!

Wir suchen per 1. Januar 1923 für Geschäftsleitung und Redaktion eine äußerst zuverlässige und tüchtig. Stenotypistin die imstande ist, mindestens 200 Silben in der Minute zu schreiben. Parteilos bevorzugt. Vorstellen oder schriftl. Offerte an Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H. - Breslau Trebnitzer Straße 50.